

Fragen

für die Fragestunde der 190. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 9. Oktober 2024

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökey (Gruppe Die Linke)	35	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 36	Latendorf, Ina (Gruppe Die Linke)	50, 51
Beckamp, Roger (AfD)	24	Mack, Klaus (CDU/CSU)	12, 13
Brandner, Stephan (AfD)	4, 6	Möhring, Cornelia (Gruppe Die Linke)	23, 55
Bünger, Clara (Gruppe Die Linke)	30, 31	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	19, 20
Dağdelen, Sevim (Gruppe BSW)	37, 38	Pilsinger, Stephan, Dr. (CDU/CSU)	52, 53
Damerow, Astrid (CDU/CSU)	7, 16	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	42, 43
Engelhard, Alexander (CDU/CSU)	1	Renner, Martina (Gruppe Die Linke)	28, 29
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	41, 48	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	22, 47
Görke, Christian (Gruppe Die Linke)	25, 26	Schattner, Bernd (AfD)	5, 49
Gottschalk, Kay (AfD)	27, 33	Schmidt, Eugen (AfD)	21, 34
Hahn, André, Dr. (Gruppe Die Linke)	45, 46	Seitz, Thomas (fraktionslos)	32, 54
Hirte, Christian (CDU/CSU)	10, 11	Simon, Björn (CDU/CSU)	2, 3
Hunko, Andrej (Gruppe BSW)	39, 40	Weisgerber, Anja, Dr. (CDU/CSU)	9
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	17, 18	Wiener, Klaus, Dr. (CDU/CSU)	14
Karliczek, Anja (CDU/CSU)	8		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	6
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat	10
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz.....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	19

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

1. Abgeordneter
Alexander Engelhard
(CDU/CSU)

Wie sieht konkret der von Bundeskanzler Olaf Scholz genannte „pragmatische Weg, der die wirtschaftliche Entwicklung, die industrielle Entwicklung Deutschlands nicht behindert, sondern fördert“ (vgl. www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kanzler-statement-evonik-2304338) im Kontext des PFAS-Beschränkungsverfahrens (PFAS = Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen) aus, und welche Initiativen ergreift die Bundesregierung, um dieses Ziel zu erreichen?
2. Abgeordneter
Björn Simon
(CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung, Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass der Fondsbeitrag im Rahmen der Novelle des § 21 des Verpackungsgesetzes (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 3 der Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion auf Bundestagsdrucksache 20/10040) finanzverfassungsrechtlich als Sonderabgabe und die Auszahlung der Mittel als genehmigungspflichtige Beihilfe bewertet werden, und wenn ja, welche, und wie hoch sollte aus Sicht der Bundesregierung der Beitrag für nicht hochgradig recyclingfähige Verpackungen sein, um eine EU-rechtswidrige Verbotswirkung in Bezug auf die Recyclingfähigkeitsklasse D vor 2030 zu vermeiden?
3. Abgeordneter
Björn Simon
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Entscheidung des Umweltbundesamtes (UBA) vom 13. September 2024, nach der Behälter aus Polypropylen für Fruchtjoghurt als Einweg-Kunststoff-Behälter für zum unmittelbaren Verzehr geeigneter Lebensmittel vom Anwendungsbereich des Einwegkunststofffondsgesetzes erfasst sein sollen (www.einwegkunststofffonds.de/de/veroeffentlichungen?path=produktarten), mit dem Wortlaut des Gesetzes als vereinbar an, obwohl hier nur solche Behälter für Lebensmittel in den Anwendungsbereich fallen sollen, die dazu bestimmt sind, unmittelbar (nach dem Kauf) verzehrt zu werden (vgl. Anlage 1 Nummer 1a des Einwegkunststofffondsgesetzes), und welche Folgen erwartet die Bundesregierung aufgrund der UBA-Entscheidung für die Lebensmittelpreise in Deutschland?
4. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Wie weit ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz bei der Aufklärung des mutmaßlichen Milliardenbetrugs im Zusammenhang mit den Klimaschutzprojekten in China?

5. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung in Person der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Steffi Lemke aus den Betrugsverdachtsfällen hinsichtlich CO₂-Zertifikaten?
6. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen der Nord-Stream-Sprengung auf die Umwelt und die Natur?
7. Abgeordnete
Astrid Damerow
(CDU/CSU) Welche Vorteile sieht die Bundesregierung darin, einen Teil der Erlöse aus der Meeresnaturschutzkomponente nach § 58 des Windenergie-auf-See-Gesetzes in die dafür vorgesehene Zustiftung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) einzuleiten (vgl. Ausschussdrucksache 20(16)305, S. 4)?
8. Abgeordnete
Anja Karliczek
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um trotz der verschärften EU-Luftqualitätsrichtlinie streckenbezogene Fahrverbote, Industrieabschaltungen und die vorübergehende Stilllegung von Baustellen zu verhindern?
9. Abgeordnete
Dr. Anja Weisgerber
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung nach der erwartbaren Herabstufung des Schutzstatus des Wolfs in der Berner Konvention und in der EU-FFH-Richtlinie (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie; vgl. Plenarprotokoll 20/187, S. 24240) eine entsprechende Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vornehmen und damit ein aktives Bestandsmanagement ermöglichen?
10. Abgeordneter
Christian Hirte
(CDU/CSU) Warum wurde bei der Überprüfung der Upstream-Emission-Reduction-Projekte in China nach meinen Informationen keine Kontrolle des chinesischen Handelsregisters durchgeführt, bzw. warum wurden die in Deutschland ansässigen Firmen nicht mindestens über deren Handelsregistrauszüge überprüft, vor dem Hintergrund der jetzigen Kenntnis, dass einige der chinesischen Projektträger mutmaßlich lediglich Briefkastenfirmen waren?
11. Abgeordneter
Christian Hirte
(CDU/CSU) Wenn falsche UER-Projekte (UER = Upstream Emission Reductions) aufgedeckt werden, kommt es dann neben einer Rückabwicklung auch zur Aberkennung der THG-Quote (Treibhausgasminierungsquote)?

12. Abgeordneter
Klaus Mack
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung bei der Erstellung des nationalen Wiederherstellungsplans bis zum 1. September 2026 zur Umsetzung der am 18. August 2024 in Kraft getretenen EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur (sog. Nature Restoration Law) ein eigenes Bundesnaturwiederherstellungsgesetz, vergleichbar dem Bundesnaturschutzgesetz, und will die Bundesregierung sicherstellen, dass durch die Umsetzung kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand für Bund, Länder und Kommunen entsteht, und wenn ja, wie (vgl. www.bmu.de/themen/naturschutz/wiederherstellung-von-oekosystemen/fragen-und-antworten-zur-eu-verordnung-zur-wiederherstellung-der-natur)?
13. Abgeordneter
Klaus Mack
(CDU/CSU)
- Auf welche Flächen will die Bundesregierung zugreifen, um die Vorgaben der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 in Deutschland zu erfüllen, nach denen mindestens 30 Prozent der Landfläche und 30 Prozent der Meeresgebiete der EU gesetzlich geschützt werden müssen, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um diese Ziele zu erreichen, wenn freiwillige Anreizsysteme wie Förderprogramme dabei keine Erfolge erzielen?
14. Abgeordneter
Dr. Klaus Wiener
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung in geführten Gesprächen von Bund und Land mit der Betreibergesellschaft des Forschungsreaktors in Hamm-Uentrop die Fortsetzung der bisherigen gemeinsamen Finanzierung des Kernkraftwerkes abgelehnt, sodass der Kraftwerksbetreiber daraufhin vor der Insolvenz steht, und muss das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz letztendlich die Milliardenkosten für den Rückbau oder Teile davon übernehmen?
15. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann ist mit der Umsetzung des Rechts auf Reparatur in nationales Recht durch die Bundesregierung (vgl. Richtlinie (EU) 2024/1799 des Europäischen Parlaments und des Rates – siehe dazu: www.evz.de/einkaufen-internet/recht-auf-reparatur.html) zu rechnen, und rechnet die Bundesregierung hierbei mit Hürden, und wenn ja, mit welchen?

16. Abgeordnete
Astrid Damerow
(CDU/CSU)
- Welcher Zeitplan ist für das von der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Steffi Lemke angesprochene Hochwasserschutzgesetz (www.tagesschau.de/inland/hochwasserschutzgesetz-lemke-100.html) angesetzt, und welche wesentlichen Inhalte beabsichtigt die Bundesregierung, darin zu regeln?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

17. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wie viele Mittel waren jeweils in den Jahren 2022, 2023 und 2024 für die Forschung zu Long COVID und ME/CFS (Myalgische Enzephalomyelitis/Chronisches Fatigue-Syndrom) im Bundeshaushalt veranschlagt, und wie viele Mittel wurden nach aktuellem Stand real verausgabt (bitte jeweils im Einzelnen nach Jahren auflisten)?
18. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wie viele Mittel waren jeweils in den Jahren 2022, 2023 und 2024 für die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) im Bundeshaushalt veranschlagt, und wie viele Mittel wurden nach aktuellem Stand real verausgabt (bitte jeweils im Einzelnen nach Jahren auflisten)?
19. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Wie ist der aktuelle Sachstand zur internen Aufarbeitung der sogenannten Fördergeld-Affäre in Bezug auf ehemalige oder derzeitige Mitarbeiter bzw. Verantwortliche im Bundesministerium für Bildung und Forschung, und sieht sich die Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger zu weiteren Maßnahmen veranlasst, und wenn ja, zu welchen (vgl. www.tagesschau.de/inland/stark-watzinger-chats-100.html; www.spiegel.de/politik/deutschland/bettina-stark-watzingers-foerdergeldaffaere-neue-chats-zeigenweisung-von-oben-a-fb08f7ea-af6a-43f2-8803-2f12f0a9adb1, zuletzt abgerufen am 20. September 2024)?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

20. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Wird der Bundeskanzler Olaf Scholz sich persönlich dafür einsetzen, weitere Rückführungsabkommen mit afrikanischen Staaten, ähnlich demjenigen mit Kenia, bis zum Ende der 20. Wahlperiode auf den Weg zu bringen, und wenn ja, finden hierzu bereits konkrete Gespräche mit Vertretern der Staaten statt (vgl. www.welt.de/politik/deutschland/article253513962/Win-Win-Situation-Deutschland-schliesst-mit-Kenia-Migrationsabkommen.html, zuletzt abgerufen am 20. September 2024)?
21. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Aus welchem Haushaltstitel und in welcher Höhe wurde bzw. wird das „Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte“ durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien unterstützt (www.russlanddeutsche.de/museum/ueber-das-museum.html; bitte in Jahrescheiben für den Zeitraum ab 2016 und die Planung für 2025 sowie ggf. weitere Bundesmittel angeben)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

22. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung den im § 4 des Energieeffizienzgesetzes vorgesehenen Rückgang des Endenergieverbrauchs bis zum Jahr 2030 um mindestens 26,5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2008 und um 45 Prozent bis zum Jahr 2045 im Vergleich zum Jahr 2008 erreichen, vor dem Hintergrund, dass laut Medienberichten der geplante Ausbau der Windenergie hinter den Zielen zurückliegt (www.zeit.de/news/2024-01/16/mehr-windraeder-ausbau-bleibt-hinter-zielen-zurueck), der Absatz von E-Fahrzeugen aller Art und von E-Wärmepumpen stockt (www.zeit.de/wirtschaft/2024-07/waermepumpen-absatz-2024-einbruch-vergleich-vorjahr), der Ausbau an Energiespeichern noch gar nicht geplant oder begonnen wurde (www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw05-pa-klimaschutz-energiespeicher-970104), der Ausbau der Netze ebenfalls langsamer voranschreitet (www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/energiewende.html) und dass Wasserstoff weder in ausreichender Menge noch zur gegebenen Zeit oder zu gewünschten Preisen beschafft werden kann (www.tagesschau.de/wirtschaft/energie/gruener-wasserstoff-europa-102.html)?
23. Abgeordnete
Cornelia Möhring
(Gruppe Die Linke)
- Gab es seit 2019 bis heute Kontakte von Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung mit Vertreterinnen und Vertretern des Textilunternehmens FALKE-Gruppe/Burlington (bitte nach Zeitpunkt, Art des Kontaktes, Beteiligten und Gesprächsanlass auflisten), und sind in dieser Zeit Mittel des Bundes an das Unternehmen geflossen (bitte nach Zeitpunkt, Art und Höhe auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

24. Abgeordneter
Roger Beckamp
(AfD)
- Sind meine Informationen zutreffend, wonach in dem Dokument „Typologien der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung – Besondere Anhaltspunkte für das Erkennen einer möglichen Terrorismusfinanzierung“ der „Financial Intelligence Unit“, einer Einheit des Zolls, auf Seite 7 als ein Merkmal, das bei Vorliegen besonderer Aufmerksamkeit der Verpflichteten bedarf, „Die Kundin bzw. der Kunde äußert Kritik an der Regierung, an aktuellen staatlichen oder polizeilichen Maßnahmen“ aufgeführt ist, und wenn ja, ist es nach Ansicht der Bundesregierung generell zulässig, „Kritik an der Regierung“ als einen Anhaltspunkt für kriminelles Verhalten zu betrachten?
25. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil und das Ausmaß überschuldeter privater Haushalte seit 2020 in Deutschland entwickelt?
26. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Welche Pläne bzw. Erwägungen hat das Bundesministerium der Finanzen hinsichtlich einer schrittweisen Abschaffung des Solidaritätszuschlags (bitte konkret die Stufen sowie die jeweiligen Volumina angeben), und wie sieht die Entlastungswirkung aus, sofern der Bundesregierung dazu Berechnungen vorliegen (vgl. www.n-tv.de/politik/Lindner-waegt-vorzeitiges-Ampel-Aus-ab-article25267854.html)?
27. Abgeordneter
Kay Gottschalk
(AfD)
- Teilt die Bundesregierung die Befürchtung der ehemaligen Staatsanwältin und aktuellen Vertreterin des Finanzwende e. V. – Anne Brorhilker –, dass es durch das Bürokratieentlastungsgesetz IV für Banken und andere Akteure möglich wird, „wichtigste Beweismittel für Ermittlungen gegen Milliardengeschäfte wie CumCum und CumEx“ zu vernichten (<https://weact.campact.de/petitions/cumcum-milliarden-schredderplane-stoppen>), und wenn ja, welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus, und wenn nein, warum nicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

28. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke)
- Seit wann besteht die behördenübergreifende „Arbeitsgruppe Hybride Bedrohungen“ (AG Hybrid) (www.zeit.de/2024/41/russische-sabotage-wegwerf-agenten-geheimdienst-sicherheitsbehoerde), die sich mit hybriden Bedrohungen, insbesondere Desinformation befasst, und hat sich die Arbeitsgruppe auch mit Verdachtsfällen mutmaßlicher Sabotage beschäftigt, und wenn ja, mit wie vielen Verdachtsfällen mutmaßlicher Sabotage beschäftigte sich diese Arbeitsgruppe seit Januar 2022 (bitte Gesamtzahl nach Bundesländern aufschlüsseln)?
29. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke)
- Welche deutschen Behörden und Stellen sind an der laut Medienberichten existierenden Arbeitsgruppe bei Europol beteiligt, die sich mit hybriden Angriffen auf Ziele in den EU-Staaten beteiligt (www.zeit.de/2024/41/russische-sabotage-wegwerf-agenten-geheimdienst-sicherheitsbehoerde), und in wie vielen der dort erörterten Einzel- und Verdachtsfälle bestand ein durch ermittelte Tatverdächtige, Angriffsort bzw. -ziel ein Bezug zu Deutschland?
30. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Bei wie vielen der rund 13.500 türkischen Staatsbürger, die einem Bericht der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zufolge in Deutschland ausreisepflichtig sind (www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutschland-schiebt-hunderte-asylbewerber-in-die-tuerkei-ab-deal-mit-erdogan-110008226.html), handelt es sich um abgelehnte Asylsuchende, und wie lange leben die ausreisepflichtigen türkischen Staatsbürger bereits in Deutschland (bitte aufschlüsseln nach unter einem Jahr, einem bis zwei Jahre, zwei bis vier Jahre, vier bis acht Jahre, länger als acht Jahre und bitte auch hier zusätzlich zwischen Personen mit und ohne Asylhintergrund aufschlüsseln)?

31. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele Kontrollen hat die Bundespolizei seit dem 16. September 2024 im Vergleich zu den beiden ersten Wochen des Septembers 2024 an deutschen Grenzen durchgeführt (bitte nach Luft-, See- und Landesgrenzen differenzieren, bitte gegebenenfalls auch vorläufige, noch nicht qualitätsgesicherte Zahlen nennen), und was ist der Bundesregierung zu möglichen negativen ökonomischen Auswirkungen der Grenzkontrollen bekannt (z. B. erhöhtes Stauaufkommen und daraus resultierende längere (Arbeits-)Wege für Pendler, Handwerker, Lieferanten, Störung von Lieferketten usw.) vor dem Hintergrund, dass in einer aktuellen Analyse vor Lieferkettenstörungen, einem Rückgang der Importe nach Deutschland sowie steigenden Handelskosten infolge längerer Wartezeiten an den Grenzen gewarnt wird (www.n-tv.de/wirtschaft/Grenzkontrollen-treffen-deutsche-Wirtschaft-hart-article25240885.html)?
32. Abgeordneter
Thomas Seitz
(fraktionslos)
- Wie sieht die personelle und materielle Ausstattung der neu eingerichteten Task Force des Bundesministeriums des Innern und für Heimat gegen „islamistische Radikalisierung“ im Internet aus, und von welcher Anzahl an Fällen erfolgter „islamistischer Radikalisierung“ wird für den Zeitraum 1. Januar 2022 bis 30. Juni 2024 (bitte nach Jahren aufschlüsseln) ausgegangen (www.epochtimes.de/politik/deutschland/neue-task-force-gegen-islamismus-nimmt-arbeit-in-faehlers-ministerium-auf-a4886881.html?_gl=1*_1mhl22x*_up*_MQ..*_ga*NjY2NTU2MTY2LjE3Mjc3OTg1ODI.*_ga_GCZQQGLHE4*MTcyNzc5ODU4MS4xLjEuMTcyNzc5ODg3My4wLjAuMA)?

33. Abgeordneter
Kay Gottschalk
(AfD)

Sieht sich das Bundesministerium des Innern und für Heimat bzw. die Bundesregierung in der Lage, die Frage 1 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/5425 korrigiert zu beantworten, nachdem durch die Recherchen der Tageszeitung „DIE WELT“ und weitere Nachfragen der Fraktion der AfD zutage getreten ist, dass bei den Aussagen „Die angefragten Daten liegen in statistischer Form nicht vor.“ und eine Ressortabfrage aller Ministerien nebst detaillierter Recherche durch die jeweiligen Fachreferate sei nicht zumutbar, verschwiegen wurde, dass (fast) alle Ministerien gemäß dem Artikel in der Zeitung „DIE WELT“ vom 24. August 2024 (www.welt.de/politik/deutschland/plus253149990/Geloeschte-Mailpostfaecher-Als-Scholz-betroffen-war-hielt-das-Innenministerium-Informationen-zurueck.html) bereits zugearbeitet und bestätigt hatten, dass persönliche Mailfächer der Bundesminister nach ihrem Abschied gelöscht würden und – den neuesten Auskünften der Bundesregierung in der Federführung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (s. Antworten der Bundesregierung zu den Fragen 3, 4 und 5 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/12860) gemäß – lediglich auf Wunsch des Bundeskanzleramtes aufgrund „der ‚Betroffenheit‘ von BK Scholz“ der ursprüngliche Antwortentwurf überarbeitet wurde (s. Antwort der Bundesregierung zu Frage 3 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/12860), und für das Bundesministerium der Finanzen nun auch klargestellt wurde, dass die Bundesregierung ausschließen kann, „dass zum Zeitpunkt der Anfrage auf die Bundestagsdrucksache 20/5160 die Postfächer der ehemaligen Amtsinhaber seit 2015 [...] gelöscht waren“ (s. Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 4 und 5 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/12860)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

34. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Ist die Bundesregierung in der Lage, die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der nunmehr 14 Sanktionspakete gegen Russland zu beziffern – mit ihren kurz-, mittel- und voraussichtlich langfristigen Auswirkungen auf Russland, aber auch auf Deutschland –, und wenn ja, welche Auswirkungen stellt sie fest bzw. erwartet sie, und inwiefern hat sich die Einschätzung der Bundesregierung seit der Inkraftsetzung des ersten Sanktionspakets verändert, und wenn nein, warum nicht (www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/europa/eu-sanktionen-2250316)?
35. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf internationaler Ebene darauf hinzuwirken, dass der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) auch in den Gebieten der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien humanitäre Hilfe für Kriegsflüchtlinge aus dem Libanon leistet (vgl. <https://aanesgov.org/?p=15943> und <https://nordundostsyrien.de/erklaerung-rueckkehr-libanon/>), im Hinblick darauf, dass nach meinem derzeitigen Kenntnisstand humanitäre Unterstützung bislang ausschließlich den von Machthaber Baschar al-Assad kontrollierten Gebieten zukommt, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, besonders schutzbedürftige Kriegsflüchtlinge aus dem Libanon in Deutschland aufzunehmen?
36. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zum im September 2024 in Georgien verabschiedeten Gesetz, das die Rechte von Homosexuellen erheblich einschränkt (siehe dazu: www.zeit.de/news/2024-09/17/georgien-schraenkt-die-rechte-homosexuell-er-stark-ein), insbesondere hinsichtlich der Einschränkung von öffentlichen Äußerungen und Veranstaltungen dieser Menschen, und hat die Bundesregierung bereits diplomatische Schritte unternommen beziehungsweise plant sie diese, um die Einhaltung der Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten in Georgien zu fördern, und wenn ja, welche?
37. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Hat nach Kenntnis der Bundesregierung die als in Teilen rechtsextrem bezeichnete Regierung Israels gegen UN-Generalsekretär António Guterres eine Einreiseperrre erlassen, und unterstützt die Bundesregierung UN-Generalsekretär António Guterres in seiner Forderung nach einem Waffenstillstand (dpa vom 1. Oktober 2024)?

38. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Hat die Bundesregierung ggf. Kenntnisse darüber, ob es in dem von China und Brasilien vorgelegten Friedensplan für ein Ende des russisch-ukrainischen Krieges, der zu einem Waffenstillstand und einer politischen Lösung des Konflikts aufruft, einen Verweis auf die UN-Charta gibt, der bei der Veröffentlichung gefehlt hat (www.spiegel.de/ausland/russlands-angriffskrieg-ukraine-veraergert-ueber-schweizer-position-zu-friedensplan-a-d1e99af2-e86c-439c-87b9-dd655923e1b8), und unterstützt die Bundesregierung den von Brasilien und China vorgestellten Plan zur Beendigung des Krieges in der Ukraine, wie inzwischen die Schweiz, die als Ausrichter des Ukraine-Friedensgipfels ihre Sichtweise auf den Plan Brasiliens und Chinas geändert hat, nachdem ein Verweis auf die UN-Charta hinzugefügt worden sei und sich dadurch die Sichtweise der Schweiz auf solche Bemühungen erheblich geändert habe (www.berliner-zeitung.de/news/ukrainekrieg-schweiz-unterstuetzt-chinesisch-brasilianischen-friedensplan-kiew-enttauscht-li.2258413)?
39. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Wie definiert die Bundesregierung den Begriff „Angriffskrieg“ (vgl. z. B. www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2646492), und welche Kriege in den letzten 30 Jahren betrachtet die Bundesregierung demnach als Angriffskriege (bitte die letzten 14 der Bundesregierung bekannten Angriffskriege für diesen Zeitraum nach Jahren und nach dem jeweiligen Angreifer aufschlüsseln)?
40. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der israelischen Regierung, dass es sich bei dem israelischen Einmarsch in den Libanon nicht um einen Angriffskrieg, sondern um eine „begrenzte Bodenoffensive“ mit „lokalisierten und gezielten Operationen“ handelt (vgl. www.handelsblatt.com/politik/international/nahost-israel-beginnt-begrenzte-bodenoffensive-im-libanon/100074844.html; bitte begründen), und hat die Bundesregierung bereits eine völkerrechtliche Bewertung des israelischen Vorgehens im Libanon vorgenommen, und wenn ja, mit welchem Ergebnis, und wenn nein, warum nicht?

41. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Fördert die Bundesrepublik Deutschland mit Mitteln des Bundeshaushaltes nichtstaatliche Organisationen, die zivile Seenotrettungen im Mittelmeer durchführen (bitte unter Nennung der Gesamtsumme aller seit dem Haushaltjahr 2023 zugesagten Fördermittel, Nennung des einschlägigen Titels des Bundeshaushaltes, der Anzahl der insgesamt geförderten Organisationen sowie – für die drei großvolumigsten Unterstützungen für Einzelorganisationen – unter Nennung des jeweiligen Namens der geförderten Organisation, des Datums der Förderzusage, des Förderzeitraums, der zugesagten Gesamtförderung, der bisher gezahlten Gesamtförderung, der 2024 zugesagten Förderung sowie der 2024 bisher gezahlten Förderung angeben), und sind die in der ersten Teilfrage angesprochenen Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt mit dem Bundeskanzleramt in dem Sinne abgestimmt, dass das Bundeskanzleramt von der Förderung nicht nur Kenntnis, sondern dieser auch zugestimmt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

42. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wer war am „strategischen Rebranding-Prozess“ des Nationalen Normenkontrollrats (NKR) beteiligt (bitte insbesondere mögliche externe Beteiligte wie Agenturen oder Unternehmen im Einzelnen angeben), und welche Kosten sind durch diesen Prozess und insbesondere den „neuen Claim“ des NKR entstanden (NKR-Jahresbericht 2024, Seite 25)?
43. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Welche sieben Regelungsvorhaben weisen laut Online-Datenbank des Erfüllungsaufwands (OnDEA; www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Bueroekatriekosten/Erfuellungsaufwand/OnDEA.html?nn=629442) aktuell den höchsten geschätzten laufenden Erfüllungsaufwand auf, und welche sieben Regelungsvorhaben weisen laut OnDEA aktuell die höchsten geschätzten Bürokratiekosten aus Informationspflichten auf (bitte jeweils nach Regelungsvorhaben sowie darauf bezogenen geschätztem laufendem Erfüllungsaufwand bzw. geschätzten Bürokratiekosten aus Informationspflichten aufschlüsseln)?

44. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag ihren Entwurf eines Gesetzes gegen digitale Gewalt vorlegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

45. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(Gruppe Die Linke)
- Welche „Blaulichtorganisationen“ sind derzeit in der gemeinsamen Planungsgruppe aus Bund, Ländern und Kommunen im Rahmen des „Operationsplans Deutschland“ (www.bundeswehr.de/resource/blob/5761202/5101246ca9de726f78c4d988607532fc/oplan-data.pdf), der den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der Verteidigung von NATO-Partnern vorsieht, beteiligt, und nach welchen Kriterien wird der beteiligte Personenkreis im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen für die Arbeit an den Inhalten des Operationsplans ermächtigt?
46. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(Gruppe Die Linke)
- Welcher Personenkreis, der in der Informationsbroschüre „Operationsplan Deutschland – Eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ (www.bundeswehr.de/resource/blob/5761202/5101246ca9de726f78c4d988607532fc/oplan-data.pdf) als „zivilgesellschaftliche und zivilgewerbliche Hilfe“ (über sogenannte „Blaulichtorganisationen“ hinaus) ausgewiesen ist, arbeitet derzeit am „Operationsplan Deutschland“ mit, und nach welchen Kriterien wird dieser beteiligte Personenkreis im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen für die Arbeit an den Inhalten des Operationsplans ermächtigt?
47. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wie viele Mittel stehen nach gegenwärtiger Planung der Bundesregierung dem Bundesministerium der Verteidigung in den Jahren 2024 und 2025 im Vergleich zum Jahr 2023 (bitte in absoluten Zahlen aufführen) für die Forschung zur Verfügung, und warum hält die Bundesregierung eine derartige Anpassung der Mittel vor dem Hintergrund der von Bundeskanzler Olaf Scholz benannten Zeitenwende für angemessen?

48. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Ist es nach aktueller Vorschriftenlage Soldatinnen und Soldaten erlaubt, eine Drohne zu bekämpfen – also diese entweder zu stören oder abzuschießen –, die in der Nähe einer Bundeswehrliegenschaft entdeckt wurde aber in deutlichem Abstand zur Bundeswehrliegenschaft über zivilem Grund fliegt, deren Herkunft unbekannt ist und bei der eine hohe Wahrscheinlichkeit des Ausspionierens der Tätigkeiten auf der Bundeswehrliegenschaft besteht, und gibt es eine Vereinbarung zwischen Bundes- und Landesebene hinsichtlich der Zuständigkeiten bei der Bekämpfung von Drohnen im Kontext eines in der ersten Teilfrage skizzierten Szenarios (bitte angeben, wann diese Vereinbarung geschlossen wurde, in welcher Form diese geschlossen wurde und wo diese aktenkundig ist)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

49. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung im Verbraucherschutz gegen die sogenannte Skimpflation?
50. Abgeordnete
Ina Latendorf
(Gruppe Die Linke)
- Hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, um den gesundheitlichen Verbraucherschutz im Zusammenhang mit der Entgegenwirkung der Belastung von Haferflocken mit Schimmelpilzgiften T-2 und HT-2 im Bundesgebiet (siehe www.oekotest.de/essen-trinken/Zarte-Haferflocken-im-Test-Pestizide-und-Schimmelpilzgifte-sind-ein-Problem_14890_1.html) zu gewährleisten, und wenn ja, welche?
51. Abgeordnete
Ina Latendorf
(Gruppe Die Linke)
- Welche Maßnahmen der Ernährungsstrategie „Gutes Essen für Deutschland“ hat die Bundesregierung bis zum 30. September 2024 bereits umgesetzt, und welche können erst danach in Angriff genommen werden (bitte angeben, welche Maßnahmen bereits umgesetzt wurden, welche Maßnahmen sich derzeit in Umsetzung befinden, welche Maßnahmen bis zum Ende der 20. Wahlperiode umgesetzt werden sowie welche Maßnahmen erst nach Ende der 20. Wahlperiode umgesetzt werden können und hierbei bitte pro Kategorie die letzten sieben Maßnahmen auflisten)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

52. Abgeordneter
**Dr. Stephan
Pilsinger**
(CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung die von ihr in ihrem Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz – GVSG) verankerten Ziele erreichen, einerseits den psychotherapeutischen Nachwuchs sicherzustellen und andererseits eine flächendeckende und zielgerichtete psychotherapeutische Versorgung zu erreichen, wenn die psychotherapeutische Weiterbildung nach der von mir geteilten Auffassung nach wie vor nur teilweise geregelt werden soll (vgl. u. a. www.bptk.de/pressemitteilungen/gvsg-muss-psychotherapeutenausbildungsreform-vollenden/), und soll die geplante Änderung in § 120 Absatz 2 zur Vergütungsregelung in den Weiterbildungsambulanzen, die die Gegenfinanzierung von Pflichtbausteinen der Weiterbildung explizit ausschließen, für die Deckung der Weiterbildungskosten sorgen, und wenn ja, wie, und wenn nein, warum nicht?

53. Abgeordneter
**Dr. Stephan
Pilsinger**
(CDU/CSU)

Wie positioniert sich die Bundesregierung zu der an mich herangetragenen Forderung der niedergelassenen Ärzteschaft, die heute noch erforderliche Präqualifizierung von Vertragsärzten, insbesondere von Hals-Nasen-Ohren- und Augenärzten, zur Abgabe von praxisüblichen Hilfsmitteln abzuschaffen, wie sie für Apotheker für apothekenübliche Hilfsmittel seit dem 1. April 2024 abgeschafft wurde (vgl. www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2024/02/20/abschaffung-der-praequali-dav-und-gkv-gremien-stimmen-zu) und wie es das Bundesministerium für Gesundheit in seinem „Eckpunktepapier zum Bürokratieabbau im Gesundheitswesen“ vom 30. September 2023 angekündigt hatte (siehe www.kbv.de/media/sp/2023-11-07_BMG_Empfehlungen_Buerokratieabbau.pdf, S. 35 f.), und sieht die Bundesregierung – wie ich – in der für Vertragsärzte weiterhin geltenden Präqualifizierungspflicht ein unnötiges Element von Bürokratie und einen vermeidbaren Kostenfaktor?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr**

54. Abgeordneter
Thomas Seitz
(fraktionslos)
- Wird das – meines Erachtens als gescheitert anzusehende – „innovative Leuchtturmprojekt“ der Umstellung auf eine Flotte von mit Wasserstoff betriebenen Zügen durch den Rhein-Main-Verkehrsverbund von der Bundesregierung oder ihr nachgeordneten Dienststellen unmittelbar oder mittelbar gefördert (bitte Höhe der Förderung aufschlüsseln nach Jahren), und wurden vergleichbare Projekte von der Bundesregierung gefördert, und wenn ja, in welcher Höhe (bitte für den Zeitraum von 2019 bis 2024 aufschlüsseln und pro Jahr die Höhe der Fördersumme angeben; vgl. www.nius.de/news/zuege-sollten-mit-wasserstoff-fahren-stehen-aber-nur-im-depot-bahn-fiasko-fuer-500-millionen-euro/2b6c7101-bff1-4fda-ae84-a2cb7d7320d5)?
55. Abgeordnete
Cornelia Möhring
(Gruppe Die Linke)
- Wurden von 2019 bis heute Mittel des Bundes an den Flughafen Arnberg-Menden vergeben (bitte Zeitpunkt, Art und Höhe angeben), und gab es für den Fahrbahnausbau (www.aerokurier.de/bahnverbreiterung-asphalt-spektakel-in-arnsberg-menden/amp/) eine Mittelzuwendung oder sonstige Beteiligung des Bundes (bitte Art und Höhe angeben)?

